

15.03.2013

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS
MATFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

am Mittwoch hat das Bundeskabinett die Eckwerte für den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2017 beschlossen. Anschließend hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble uns im Haushaltsausschuss darüber informiert. Die Eckwerte zeigen große Erfolge der christlich-liberalen Koalition bei der Haushaltskonsolidierung: Die ursprünglich für 2014 geplante Neuverschuldung wird von 13,1 Milliarden auf 6,4 Milliarden Euro abgesenkt und damit fast halbiert. Ab 2015 wird der Bund gar keine Schulden mehr machen, sondern sogar die Altschulden tilgen. Die SPD propagiert zur Haushaltskonsolidierung wachstumsfeindliche Steuer- und Abgabenerhöhungen. In NRW hat Rot-Grün sogar drei Mal einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt. Das zeigt einmal mehr, dass Rot-Grün nicht mit Geld umgehen kann. Wir von der christlich-liberalen Koalition beweisen durch Taten unsere finanzielle Kompetenz: Der Bundeshaushalt ist auch ohne wirtschafts- und mittelstandsfeindliche Maßnahmen auf hervorragendem Weg und die Schuldenbremse kann übererfüllt werden. Dies geschieht nicht nur durch die gute Einnahmesituation, sondern vor allem durch die von uns an den Tag gelegte Ausgabendisziplin. 2014 will der Bund rund 297 Milliarden Euro ausgeben und damit gut fünf Milliarden Euro weniger als 2013 und sogar 10 Milliarden Euro weniger als 2012. Bei steigenden Steuereinnahmen ist dies eine besondere Leistung, weil die Wünsche nach Mehrausgaben dann überproportional steigen. Diese Tatsachen widersprechen den unhaltbaren Behauptungen der Opposition, dass der Koalition die Haushaltserfolge in den Schoß fallen. Das Gegenteil ist der Fall: Wir haben uns diesen Erfolg hart erarbeitet. Wir lassen uns nicht beirren und gehen weiter auf dem Pfad der Konsolidierung!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Matfeldt'.

Heringe fürs Volk

In dieser Woche habe ich wieder an der traditionellen Lätare-Spende in Verden teilgenommen. Bereits seit Jahrzehnten wird Störtebeckers Vermächtnis in Verden am Leben erhalten durch die Verteilung von Heringen an das Volk. In diesem Jahr hat Bernd Maas den Störtebecker erstmalig verkörpert und seine Sache sehr gut gemacht.



Meine Aufgabe ist es alljährlich, einen Vertreter der Bundesregierung zu laden. Mit Dr. Helge Braun, dem parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, war unsere Bundesregierung kompetent vertreten. Neu waren allerdings die Wetterverhältnisse: die Lätare-Spende vor schneeweißer Umgebung und bei bitterkalten Temperaturen hatten weniger gewünschten Premierencharakter. Aber wir haben uns natürlich nicht unterkriegen lassen, sondern stattdessen den wärmenden Wintermantel angezogen und die Fischverteilung gestartet. Mir hat die Sache wie jedes Jahr wieder sehr viel Spaß gemacht.

Rede in Aktueller Stunde

Momentan spreche ich nahezu jede Woche im Plenum des Deutschen Bundestages. So auch in dieser Woche. Meine Fraktion hat mich als Redner für die von uns beantragte Aktuelle Stunde zum Thema „Verhalten von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundesrat beim Fiskalpaket“, die am Mittwoch Nachmittag stattgefunden hat, benannt.

Es ist an Dreistigkeit und Unverschämtheit nicht zu überbieten, dass Rot-Grün die damals getroffene Einigung zum europäischen Fiskalpaket einseitig aufgekündigt hat. Deutschland hat unter Führung unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel auf europäischer Ebene Enormes für die Zukunft des Euro geleistet. Angela Merkel war es, die die europäische Schuldenbremse nach deutschem Vorbild durchgesetzt hat, und sie war es, die damit ein wichtiges Fundament für einen stabilen Euro gelegt hat, um eben eine Wiederholung der Staatsschuldenkrise im Euro Raum zu verhindern.

Die rot-grün geführten Länder behaupten nun, der Bund würde seine im letzten Jahr im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Fiskalpakts gemachten Zusagen nicht einhalten und blockieren sogar die Ratifizierung des Fiskalpakts in Deutsch-

land. Das ist schon eine sehr eigenwillige und schlichtweg falsche Interpretation der Fakten.

Der Bund hat sich seinerzeit bereit erklärt, gemeinsame Bund-Länder-Anleihen einzuführen, wir waren bei den Entflechtungsmitteln auf dem richtigen Weg und haben weitere Mittel für den Kita-Ausbau bereitgestellt und damit die Länder und Kommunen zusätzlich zur Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter massiv entlastet. Alle drei Forderungen hat der Bund erfüllt und nun blockiert Rot-Grün die Ratifizierung, indem sie ständig und permanent neue Forderungen stellen. Das ist unredlich und hat mit Vertragstreue überhaupt nichts mehr zu tun.



Kein Grund, sich zu verabschieden

Zur Stärkung der Marktwirtschaft trägt es auch bei, wenn politische Akteure gemeinsam erarbeitete Reformen auch gemeinsam tragen und sich nicht bei Gegenwind von wichtigen Beschlüssen verabschieden. Insofern ist es ein beredtes Zeichen, wie auffällig still die SPD das zehnjährige Jubiläum der „Agenda 2010“ begeht. Sie tut sich heute schwer mit ihrer früheren Erkenntnis, dass allumfassende, schuldenfinanzierte Staatsfürsorge in die Sackgasse führt, während gestärkte Eigenverantwortung neue Kräfte freisetzt und Jobs und Wachstum bringt. Die Agenda 2010 spaltet die SPD nach wie vor. Wir

stehen zu dieser Richtungsentscheidung und haben damals bei der Umsetzung über den Bundesrat konstruktiv mitgewirkt. Nach Regierungsübernahme haben wir sodann notwendige Feinjustierungen bei Jobcentern, Zeitarbeit und Hartz-IV-Sätzen vorgenommen. Überdies haben wir die von der SPD völlig vernachlässigten Bereiche Bildung und Teilhabe für Kinder aufgegriffen. Wenn die SPD sich jetzt Punkt um Punkt, Zug um Zug von den Reformen distanziert, zeigt sie nur eines: Sie ist der Ernsthaftigkeit der Aufgaben nicht gewachsen.

Eine chancengerechte Gesellschaft

Der in der letzten Woche vom Bundeskabinett beschlossene Armuts- und Reichtumsbericht 2013 hat uns auch diese Woche wieder parlamentarisch beschäftigt.

Er stellt richtigerweise nicht die Verteilung von Einkommen und Vermögen in den Vordergrund, sondern die soziale Durchlässigkeit unserer Gesellschaft. Für die christlich-liberale Koalition ist Chancengerechtigkeit der Dreh- und Angelpunkt in der Gerechtigkeitsdebatte.

Der größte Erfolg im Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit entsteht dadurch, dass Arbeitsplätze geschaffen werden, auf die Arbeitslose vermittelt werden. Der massive Abbau der Arbeitslosigkeit hat bewirkt, dass sich die Einkommensschere seit 2005 nicht mehr öffnet, sondern wieder schließt.

Insbesondere die bedürftigen Kinder, die unsere besondere Unterstützung brauchen, profitieren davon. Ihre Bildungschancen steigen mit zunehmendem Erwerbseinkommen der Eltern. Bildung ist die beste Voraussetzung für Teilhabe und die Realisierung individueller Lebenschancen.

Die guten Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Beschäftigung sichern Aufstiegsmobilität. Dies führt unsere Gesellschaft zusammen und stärkt die Soziale Marktwirtschaft.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range